

## INHALT

1. Dänen-Ampel vertagt Beitritt zum Glücksspielstaatsvertrag
2. Populistische Solidaritätsbekundungen helfen den Provinzial-Mitarbeitern nicht weiter
3. Koalition schwächt Gymnasien weiter
4. Transparenz im Umgang mit Sterbeprozess
5. Witterungsbedingter Unterrichtsausfall?

07.12.2012

**Dänen-Ampel vertagt Beitritt zum Glücksspielstaatsvertrag**  
**Stegner bezeichnet Regierung des EU-Mitgliedslands Malta als „Glücksspiellobbyisten“**



Hans-Jörn Arp, MdL

Bis heute (07. Dezember 2012) hatten die Fraktionen von SPD, Grünen und SSW die zweite Lesung des Beitritts Schleswig-Holsteins zum Glücksspielstaatsvertrag auf der Tagesordnung für die kommende Landtagssitzung gelassen. Denn mit dem heutigen Tag läuft die dreimonatige Frist aus, in der die EU-Kommission Vorbehalte wegen Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht anmelden kann. Innerhalb dieser „Stillhaltefrist“ dürfen laut EU-Verträgen geplante Gesetzesänderungen nicht vollzogen werden.

Im Laufe des Freitags kamen dann mehrere Meldungen aus Brüssel: Erstens hat Malta eine detaillierte Stellungnahme vorgelegt. Die EU-Kommission hat daraufhin die Stillhaltefrist verlängert. Das allein hätte also ausgereicht, um die zweite Lesung zu verschieben. Ferner ging am Mittag eine „ausführliche Stellungnahme“ der EU-Kommission zum Vorhaben der neuen Landesregierung ein. Diese fällt deutlich aus. Wie von der CDU-Fraktion immer erwartet,

melden die Brüsseler Beamten heftige wettbewerbsrechtliche Bedenken an. Auch Großbritannien hatte noch Bemerkungen abgegeben. Bereits am Mittag meldete „Welt-Online“, die neue Landesregierung habe sich beim Glücksspiel verzockt.

„Einmal mehr wird unsere Position bestätigt. Wir haben ein blitzsauberes Gesetz verabschiedet. Erst in dieser Woche hat Innenminister Breitner von der SPD heraus gestellt, dass die neu vergebenen Lizenzen an Auflagen gebunden sind, mit denen anonymes Spiel und Geldwäsche wirksam bekämpft werden können“, erklärte dazu Hans-Jörn Arp.

Für Aufregung sorgte einmal mehr SPD-Landes- und Fraktionschef Ralf Stegner. Er bezeichnete die Stellungnahme der maltesischen Regierung als „Stellungnahme der maltesischen Glücksspiellobby“. Das peinliche Lob für Gesetz und Genehmigungspraxis in Schleswig-Holstein durch einschlägige Branchenmagazine spreche Bände.

Hans-Jörn Arp dazu: „Ich bin fassungslos, dass Stegner ganze demokratisch gewählte Regierungen Europäischer Partnerländer als Angehörige der Glücksspiellobby beschimpft. Das ist eine Schande für Schleswig-Holstein“.

Arp erinnerte daran, dass sowohl die EU-Kommission als auch die Monopolkommission der Bundesrepublik Deutschland das schleswig-holsteinische Gesetz gelobt und den Glücksspielstaatsvertrag kritisiert hätten. „Hält Stegner diese beiden Institutionen allen Ernstes für „einschlägige Branchenmagazine?“, fragte Arp.

Link zur EU-Kommission:

[http://ec.europa.eu/enterprise/tris/pisa/app/search/index.cfm?fuseaction=pisa\\_notif\\_overview&iYear=2012&inum=520&lang=DE&sNLang=DE](http://ec.europa.eu/enterprise/tris/pisa/app/search/index.cfm?fuseaction=pisa_notif_overview&iYear=2012&inum=520&lang=DE&sNLang=DE)

Link zur Meldung des Landtages:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2012-12/07/12-37-02-6413/>

Link zur Meldung bei Welt-Online:

<http://www.welt.de/wirtschaft/article111879621/Schleswig-Holstein-verzockt-sich-beim-Gluecksspiel.html>

---

## **Populistische Solidaritätsbekundungen helfen den Provinzial-Mitarbeitern nicht weiter CDU-Fraktion fordert Landesregierung auf, sich endlich konstruktiv einzubringen**



CDU Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Die öffentliche Diskussion über einen möglichen Verkauf der Provinzial an die Allianz-Gruppe

hat in dieser Woche die Schlagzeilen bestimmt. Bereits zu Beginn der Woche hatten Angehörige der Koalitionsfraktionen ihre Unterstützung zugesichert. In der Sache hat sich seitdem jedoch nichts getan.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen forderte heute die Landesregierung dazu auf, sich endlich konstruktiv in die Gespräche einzubringen. „Ich verstehe die berechtigten Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Verärgerung über die Intransparenz des Verfahrens. Und ich erwarte, dass die Landesregierung jetzt mit den Anteilseignern darüber spricht, wie die Provinzial-Standorte und die Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein erhalten werden können. Dazu braucht es mehr als die bisherigen populistischen Solidaritätsbekundungen“, erklärte Callsen in Kiel.

Callsen betonte, die Sparkassen in Schleswig-Holstein müssten weiterhin die Möglichkeit behalten, über eine Beteiligung der HaSpa an zusätzliches Eigenkapital zu kommen. „Die CDU-geführte Vorgängerregierung hat dafür die gesetzliche Grundlage geschaffen. Allein die Pläne der Landesregierung, dieses Gesetz eventuell rückgängig zu machen, sorgen für ganz erhebliche Unruhe“, so Callsen.

Der CDU-Fraktionschef erinnerte daran, dass SPD, Grüne und SSW in der Vergangenheit folgenschwere Entscheidungen für die Provinzial getroffen hätten. Deshalb trügen sie gegenüber den Mitarbeitern auch eine besondere Verantwortung. So sei der Verkauf der Provinzial an die Sparkassen des Landes unter SPD-Alleinregierung im Jahr 1994 erfolgt.

Die Fusion der Provinzial Nord mit der Westfälischen Provinzial erfolgte 2004 in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und SSW. Der heute deutlich reduzierte Einfluss des Landes gehe daher unmittelbar auf diese beiden Entscheidungen zurück.

„Ich erwarte, dass die Landesregierung endlich konstruktiv in die Gespräche eintritt“, so Callsen abschließend.

---

### **Koalition schwächt Gymnasien weiter**

#### **Mitten im Bildungsdialog wird die nächste Gesetzesänderung angekündigt**



Heike Franzen, MdL

In dieser Woche fand die nächste Veranstaltung des „Bildungsdialoges“ statt. Am Rande der

Veranstaltung stellte Bildungsministerin Professor Dr. Waltraud Wende klar, dass dieser Dialog nicht für die Schulstrukturen gilt. Die Regionalschulen müssten sich zu Gemeinschaftsschulen umwandeln.

Dabei ist immer noch unklar, ob die Mindestschülerzahlen für Gemeinschaftsschulen im Zuge dieser Umwandlung abgesenkt werden. Vergangene Woche hatte sich SPD-Fraktionschef Stegner darauf festgelegt. Wende wollte das in dieser Woche im Bildungsausschuss nicht wiederholen. Stattdessen machte sie deutlich, dass neben den bereits bekannten zehn zur Schließung anstehenden Regionalschulen neun weiteren Schulen das Aus drohe, falls diese nicht ein „Zukunftsmodell“ entwickeln. Dazu gehören die Fridtjof-Nansen-Schule in Kiel Gaarden, die Hermann-Löns-Schule in Elmschenhagen, die Wilhelminenschule in Preetz, die Pestalozzischule in Neumünster, die Regionalschule in Owschlag sowie die Fritz-Reuter Schule in Eckernförde.

Unterdessen wurde bekannt, dass die Regierungskoalition die Grundlage dafür schaffen will, dass weitere Gemeinschaftsschulen eine Oberstufe erhalten können. Da die Kapazitäten an den bisher vorhandenen Oberstufen ausreichen, will die Koalition nunmehr das Gesetz laut Pressemitteilungen entsprechend ändern. Zusätzliche Lehrerstellen soll es dafür jedoch nicht geben.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen wies auf die Nachteile dieses Plans hin. So werden die Schülerzahlen in den kommenden Jahren um weitere 34.000 zurückgehen. Auch die neue Landesregierung will knapp 1.400 Lehrerstellen bis 2017 abbauen. „Dies zeigt, wie sinnlos der Plan ist, zusätzliche Oberstufen einzurichten. Das kann nur zu Lasten der Qualität gehen“, erklärte Franzen nach der Sitzung des Bildungsausschusses in Kiel.

Im Ergebnis müssten zwangsläufig Lehrer aus Gymnasien und Beruflichen Gymnasien abgezogen werden, um zusätzliche Stellen für die Gemeinschaftsschulen einzurichten. Da jede Oberstufe mindestens ein sprachliches und ein naturwissenschaftliches Profil anbieten müsse, würde darüber hinaus die Vielfalt des Angebotes im Land abnehmen.

Franzen nannte es bezeichnend, dass die Bildungsministerin auch diesen Plan nicht im Rahmen des Bildungsdialoges erörtern wolle. „Immer, wenn Professor Waltraud Wende Widerspruch erkennt, lässt sie ihre Fraktionstruppen schnell ein Gesetz einbringen. Und dann geht sie zum nächsten Thema über“, so die CDU-Bildungspolitikerin.

---

## **Transparenz im Umgang mit Sterbeprozess Schleswig-Holsteinischer Altenpflegepreis geht nach Norderstedt**

Am heutigen Freitag (7. Dezember 2012) wurde im Landeshaus in Kiel der diesjährige Schleswig-Holsteinische Altenpflegepreis durch das Land verliehen. Der erste Preis ging dabei an das gemeinsame Projekt „Transparenz schaffen im Umgang mit dem Sterbeprozess“ des Altenpflegeheims Scheel und der Altenpflegeschule des Institut für berufliche Aus- und Fortbildung (IBAF) aus Norderstedt.

„Ich gratuliere den Preisträgern und freue mich von Herzen, dass diese beiden Einrichtungen für ihr tolles gemeinsames Projekt ausgezeichnet wurden“, erklärte dazu die sozialpolitische Sprecherin der CDU Landtagsfraktion und gleichzeitige Norderstedter Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Der Schleswig-Holsteinische Altenpflegepreis wurde dieses Jahr bereits zum neunten Mal

durch das Land Schleswig-Holstein in enger Zusammenarbeit mit dem Landespflegeausschuss vergeben und ist insgesamt mit 6.000 Euro dotiert.

„Der Preis geht dieses Jahr völlig zu Recht nach Norderstedt“, so Rathje-Hoffmann. Erst im August hatte der Fraktionsarbeitskreis Soziales auf einer Bereisung das Altenpflegeheim Scheel in Norderstedt besucht. Schon damals waren die Abgeordneten von der Professionalität, der herausragenden Betreuung und dem Engagement vor Ort begeistert.

„Auch allen anderen Preisträgern und Bewerbern möchte ich ausdrücklich mein Lob und Anerkennung für ihre Leistung und ihr Engagement um die Altenpflege in unserem Land aussprechen“, so Rathje-Hoffmann abschließend.



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

---

### **Witterungsbedingter Unterrichtsausfall? Winter-Hotline informiert auch in diesem Jahr**

Mit den ersten Schneefällen fragen sich auch in diesem Jahr viele Eltern am Abend, ob die Schulbusse am nächsten Tag fahren, oder nicht. Auch in diesem Jahr informiert die Landesregierung über eine Internetseite und eine für die Anrufer kostenfreie „Winter-Hotline“ über landesweite oder regionale Unterrichtsausfälle.

Eltern haben damit die Möglichkeit, sich direkt und vor allem so früh wie irgend möglich zu informieren.

Die Bandansage der „Winter-Hotline“ erreichen Sie unter folgender Telefonnummer: (Tel. 0800 1827271)

Die ständig aktualisierte Internetseite finden Sie unter folgendem Link:  
[http://schleswig-holstein.de/Bildung/DE/Service/Lagemeldungen/lage\\_node.html](http://schleswig-holstein.de/Bildung/DE/Service/Lagemeldungen/lage_node.html)

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)